

«Ein Paket für die Sicherheit der Schweiz»

- 31.05.2021
- shn.ch / Herr Zanettin

Es ist nicht das erste Mal, dass Priska Seiler Graf und Thomas Hurter über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) diskutieren. Beide sitzen in der Sicherheitskommission, die das PMT-Gesetz vorberaten hat. Seiler Graf sieht mit dem Erlass eine rote Linie überschritten. Der Rechtsstaat sei in Gefahr. Anders Thomas Hurter: Das Bundesgesetz sei ein gut schweizerischer Kompromiss und trage zur Sicherheit der Bevölkerung bei.

In Umfragen sprechen sich zwei Drittel der Leute für das Anti-Terror-Gesetz aus. Wie stabil ist diese Mehrheit? Thomas Hurter: Ich gebe nicht allzu viel auf solche Umfragen. Sie zeigen eine Tendenz auf. Einige Leute legen sich aber erst kurz vor dem Urnengang fest. Der Abstimmungssonntag ist entscheidend.

Priska Seiler Graf: Umfragen sind ein Indiz, können aber trügen. Vor der Abstimmung über den Kauf neuer Kampfjets sah es nach einer deutlichen Mehrheit aus. Schliesslich haben nur 50,1 Prozent dafür gestimmt. Das Stimmvolk ist immer wieder für Überraschungen gut. Speziell in den sozialen Medien sind die Gegner sehr präsent.

Wo sind die Befürworter? Hurter: Die Gegner, vor allem die Jungparteien, nutzen die sozialen Medien für ihren Abstimmungskampf. Darum haben sie dort einen gewissen Überhang. Wir, die Befürworter, müssen die Jungen in den sozialen Medien besser abholen. «Wir hatten während der Pandemie Kontaktverbote, die einschneidender waren. Gerade für die Jungen war es eine harte Zeit.

» Thomas Hurter, SVP-Nationalrat aus dem Kanton Schaffhausen Seiler Graf: Aktivitäten auf den sozialen Medien sind kein Gradmesser für das Abstimmungsergebnis. Die Leute bewegen sich in ihrer Blase und bestärken sich gegenseitig in ihrer Meinung. Frau Seiler Graf, kritische Stimmen werfen Bundesrätin Karin Keller-Sutter Behördenpropaganda und Falschbehauptungen vor. Teilen Sie diese Auffassung? Seiler Graf: Nein. Man muss vorsichtig sein, wenn man gegen einzelne Bundesräte schießt.

Karin Keller-Sutter vertritt, was der Gesamtbundesrat und das Parlament beschlossen haben. Aber man darf anderer Meinung sein und die Haltung der Regierung kritisieren. New York, Paris, Wien – Winterthur, Morges, Lugano. Der Terrorismus ist eine echte Gefahr, auch für die Schweiz. Warum wollen Sie ein Gesetz verhindern, das den Behörden im Kampf gegen terroristische Bedrohung hilft, Frau Seiler Graf? Seiler Graf: Zu den Fällen Morges und Lugano laufen die Untersuchungen.

Wie man weiss, war der Täter von Morges schon länger auf dem Radar. Warum man nichts unternommen hat, erschliesst sich mir nicht. Die Behörden haben vermutlich versagt. Die Täterin von Lugano steckte in einer persönlichen Tragödie mit ihrem Partner, der angeblich zu dschihadistischen Kreisen gehörte. Das zu erfassen, ist schwierig.

Hätte das PMT-Gesetz geholfen? Seiler Graf: Das Gesetz schliesst keine Lücke, weil es keine Lücke gibt. Denn das Strafrecht hat sich angepasst und wirkt schon heute präventiv. Wer beispielsweise eine Dschihad-Reise vorbereitet oder IS-Propaganda auf Facebook betreibt, macht sich strafbar. Dazu gibt es auch Gerichtsurteile. Sie haben kein Verständnis für das Anti-Terror-Gesetz? Seiler Graf: Mit den Instrumenten des PMT-Gesetzes will man frühzeitig eingreifen.

Dafür habe ich ein gewisses Verständnis. Nur eben finde ich es heikel, aufgrund von Mutmassungen gegen Leute vorzugehen, die noch nicht einmal etwas Konkretes geplant haben. Hätten sie einen Terroranschlag tatsächlich geplant, könnte man sie strafrechtlich belangen.

Hurter: Ich höre den Fachkräften zu. Sie sagen einhellig, ihnen würde das Gesetz helfen.

Prävention heisst ja zweierlei. Zum einen kann man Schaden verhindern, den eine Person mit terroristischen Absichten angerichtet hätte. Zum anderen kann man solche Leute durch Präventivmassnahmen auf einen guten Lebensweg zurückführen. Das Gesetz ist nun eine Weiterentwicklung. Inwiefern? Hurter: So, wie sich die terroristische Gefahr laufend ändert, müssen auch die gesetzlichen Grundlagen für den Kampf gegen den Terrorismus angepasst werden.

Bemerkenswert finde ich zudem, dass die Gegner das PMT-Gesetz isoliert betrachten. Wir haben das Nachrichtendienstgesetz, das Bundesgesetz zur Wahrung der inneren Sicherheit und das ganze Strafrecht. Alle diese Gesetze wollen eines: Die Sicherheit in unserem Land erhöhen. Das PMT-Gesetz ist also ein Puzzlestein. Hurter: Ja, das ist es.

Wenn es gelingt, auch nur eine Straftat zu verhindern, hat es sich schon gelohnt. Seiler Graf: Es stimmt, wir haben verschiedene Gesetze, die das Gleiche wollen. Mit der PMT-Vorlage kommt aber etwas Neues hinzu, und zwar werden Grundrechte ohne konkreten Tatverdacht beschnitten. Bestünde ein solcher Verdacht, könnte man bereits heute mit dem Strafrecht präventiv vorgehen. Man kann Angriffe auf den Rechtsstaat nicht dadurch abwehren, dass man den Rechtsstaat aushöhlt.

Das hiesse, die Befürworter würden den Terrorismus instrumentalisieren, um ein rechtsstaatlich fragwürdiges Gesetz zu rechtfertigen, Herr Hurter. Hurter: Anders herum. Das Gesetz entstand gerade, weil der Terrorismus eine Realität ist. Zur Anwendung kommt es aber erst komplementär – dann, wenn andere, mildere Massnahmen nicht greifen. Zudem können Personen, gegen die eine Massnahme verfügt wurde, Beschwerde erheben.

Deshalb ist es übertrieben, von einer Aushöhlung des Rechtsstaats zu sprechen. Lassen Sie uns über die einzelnen Massnahmen sprechen. Frau Seiler Graf, Leute im Hausarrest können weiterhin arbeiten oder zur Schule gehen oder Gottesdienste besuchen. Derart hart ist selbst diese Massnahme also nicht. Seiler Graf: 60 Rechtsprofessoren haben in einem offenen Brief an den Bundesrat ihre Bedenken geäussert.

Die Schweiz wurde vom Europarat gerügt. Und die Uno hat eine Verletzung der Menschenrechte angemahnt sowie Zwangsmassnahmen gegen Minderjährige kritisiert. Darüber kann man nicht einfach hinwegsehen. Hurter: Wir haben Hunderte andere Rechtsprofessoren in der Schweiz. Sie alle haben nichts gegen das Gesetz gesagt.

Nun einfach die Meinung jener 60 Rechtsgelehrten für richtig zu erklären, ist sehr weit hergeholt. Letztlich ist Recht immer eine Auslegungssache, und es gibt Experten, die hinter dem Gesetz stehen. Übrigens, Frankreich – ein Mitglied des Europarats – kennt auch einen Hausarrest. Seiler Graf: Das stimmt zwar. Doch der Hausarrest wird in Frankreich nur gegen Dschihad-Rückkehrer angewendet – gegen Leute also, die eine Vorgeschichte haben.

Man müsste, wenn man früher in der Biografie ansetzen will, in Erziehung, Ausbildung und Integration junger Menschen investieren. Hurter: Das Anti-Terror-Gesetz soll nicht nur bei Dschihad-Rückkehrern greifen, sondern bei allen, von denen eine Torgefahr ausgeht. Seiler Graf: Ich kann mit einer Gesprächsteilnahmepflicht, einer Meldepflicht und teilweise auch mit Rayonverboten leben. Aber mit der Eingrenzung auf eine Liegenschaft ist eine rote Linie überschritten. Der Hausarrest ohne vorgängiges Gerichtsverfahren ist eines Rechtsstaates unwürdig.

Hurter: Ich betone noch einmal, auch der Hausarrest ist komplementär zu den kantonalen, sozial-integrativen Massnahmen. Er muss ausserdem von einem Zwangsmassnahmengericht angeordnet werden. Die PMT-Massnahmen müssen verhältnismässig sein. Darum wird der Hausarrest erst verhängt, wenn Gespräche, Kontaktverbote und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit ins Leere laufen. Seiler Graf: Die Frage ist doch, gegen wen diese Massnahmen überhaupt angeordnet werden.

Sie sprechen die Terrorismus-Definition an? Seiler Graf: Sie ist nicht an eine Gewalttat, sondern nur an die Verbreitung von Furcht und Schrecken gekoppelt und insofern vage formuliert. Sie kann leicht auf Personen ausgeweitet werden, die nichts mit Terrorismus zu tun haben. Hurter: Der Terrorismus-Begriff stammt aus dem Nachrichtendienstgesetz. Seiler Graf: Das Nachrichtendienstgesetz knüpft die Terrorismus-Definition an – ich zitiere – eine konkrete Bedrohung der inneren oder äusseren Sicherheit, die gegeben ist, wenn Leib und Leben, die Freiheit von Personen oder der Bestand und das Funktionieren des Staates betroffen ist. Dieser Einleitungssatz fehlt im PMT-Gesetz.

Die Terrorismus-Begriffe beider Gesetze sind darum nicht deckungsgleich. Hurter: Das sind Spitzfindigkeiten. Wir müssen nicht jeden Begriff in alle Gesetze schreiben, da sie zusammenhängen und einander ergänzen. Sie bilden ein Paket für die Sicherheit der Schweiz. Ihr, die Gegner, spielt mit der Sicherheit unseres Landes.

Darum geht es. Seiler Graf: Ich bin für klare Begriffe. Unschärfen führen zu Auslegungsproblemen, die dann ein Gericht klären muss. Das finde ich problematisch. Ausserdem erleichtert es die Polizeiarbeit, wenn Begriffe eindeutig geklärt sind.

Das ist bei diesem Gesetz nicht der Fall. Was garantiert den Bürgern, dass niemand zu Unrecht als potenzieller Terrorist hingestellt wird, Herr Hurter? Hurter: Das, was ich vorhin gesagt habe. Das PMT-Gesetz kommt komplementär und subsidiär zur Anwendung. Und das Fedpol verfügt die Massnahmen erst auf Antrag des Nachrichtendienstes. Über den Hausarrest entscheidet ein Zwangsmassnahmengericht.

Alle Anordnungen können von den Betroffenen vor Gericht angefochten werden. Das sind einige Hürden, die vor Willkür schützen. Seiler Graf: Thomas Hurter, Sie haben gesagt, wenn mit dem Gesetz nur eine Person an einer Straftat gehindert werden könne, hätte sich das Gesetz schon bezahlt gemacht. Gleiches gilt aber auch umgekehrt. Wenn wir unbescholtene Bürger mit Massnahmen belegen, haben wir als Gesellschaft verloren.

Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren, wusste schon Benjamin Franklin. Hurter: Wir in der Schweiz haben die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit stets gut gehalten. Wir hatten Terroranschläge in Paris, Wien und anderswo. Das zeigt, Sicherheit ist ein hohes Gut. Eine Gesprächsteilnahmepflicht oder ein Kontaktverbot greifen dagegen nicht sehr weit in die persönliche Freiheit ein.

Wir hatten während der Coronapandemie Kontaktverbote, die einschneidender waren. Gerade für die Jungen war es eine harte Zeit. Kinder und Jugendliche verdienen also besonderen Schutz? Hurter: Ja. Das Schlechteste ist, wenn man jemanden ein Leben lang von Anstalt zu Anstalt weiterreichen muss. Im Ausland hat sich gezeigt, dass auch Minderjährige an Anschlägen beteiligt waren.

Deshalb haben wir die Altersschwelle generell bei 12 Jahren, für den Hausarrest bei 15 Jahren angesetzt. Für die vorgesehenen Präventivmassnahmen kann ich das absolut mittragen. Und so erhalten Minderjährige, die sich radikalieren, wieder eine Perspektive für ihr Leben? Seiler Graf: Man will einem Jugendlichen eine Perspektive geben, indem man ihn in Hausarrest stellt? Ich bezweifle, dass das funktioniert. Aber wir haben den Nationalen Aktionsplan gegen Radikalisierung. Leute, die mit Jugendlichen arbeiten, werden sensibilisiert – so kann ein Fussball-Trainer oder eine Lehrerin erkennen, wenn ein Kind abdriftet, und entsprechend handeln.

Hurter: Genau. Der Nationale Aktionsplan ist das, was die Kantone primär gegen Radikalisierung und Extremismus unternehmen. Erst wenn sie damit an Grenzen stossen, greift das PMT-Gesetz. Mit dem Anti-Terror-Gesetz kann der Nachrichtendienst auch repressiv tätig werden. Weshalb hat die Mehrheit des Parlaments nicht besser aufgepasst, als das Gesetz beschlossen wurde? Hurter: Daran ist doch nichts Falsches.

Der Nachrichtendienst ist eine Fachbehörde, die für Sicherheitsprobleme zuständig ist. Dass er Massnahmen beim Fedpol beantragen kann, liegt innerhalb seiner Zuständigkeit. Wozu, wenn

nicht dafür, soll der Nachrichtendienst da sein? «Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren, wusste schon Benjamin Franklin.» Priska Seiler Graf, SP-Nationalrätin aus dem Kanton Zürich Seiler Graf: Am Ende verfügt das Fedpol die Massnahmen. Der Nachrichtendienst kann nicht selbstständig aktiv werden.

Ich sehe hingegen eher, dass das Fedpol zusätzliche Kompetenzen erhält. Somit haben wir zwei Behörden, die parallel nachrichtendienstliche Aufgaben wahrnehmen. Wie das genau funktionieren wird, gibt mir zu denken. Wie ist sichergestellt, dass sich der Nachrichtendienst nicht verselbstständigt? Hurter: Das PMT-Gesetz spielt mit dem Nachrichtendienstgesetz zusammen. Dieses entstand, weil wir aus der Vergangenheit gelernt haben, und das Parlament hat die Aufsicht über den Nachrichtendienst klar geregelt.

Ausserdem ist die Schweiz kein totalitärer Staat. Darum sehe ich die Rolle des Nachrichtendienstes nicht als problematisch. Seiler Graf: Wichtig ist tatsächlich, dass die Aufsicht über den Nachrichtendienst greift. Da es die Behörde erst seit wenigen Jahren gibt, sucht sie noch nach ihrer Rolle. Aber sie befindet sich auf dem richtigen Weg.

Genügt die Aufsicht, so wie sie heute konzipiert ist, auch wenn das PMT-Gesetz in Kraft ist? Seiler Graf: Die Aufsichtsbehörde gibt es erst seit 2017. Ich finde es zu früh für eine Beurteilung. Hurter: Ich will ebenfalls nicht abschliessend antworten. Neben der Aufsichtsbehörde gibt es das Parlament, das über die Geschäftsprüfungsdelegation die Oberaufsicht wahrnimmt. Für den Augenblick genügt das.

Wie es in Zukunft aussieht, werden wir beobachten. Wie geht es weiter, wenn das Gesetz abgelehnt wird, Herr Hurter? Hurter: Ich bin überzeugt, das Gesetz wird angenommen. Bei einem Nein werden wir die Diskussion fortführen müssen. Denn Sicherheitspolitik muss sich weiterentwickeln. Und dazu braucht es sinnvolle Gesetze.

Frau Seiler Graf, was passiert, wenn das Gesetz angenommen wird? Seiler Graf: Bei einem Ja hoffe ich, dass das Gesetz verhältnismässig angewendet wird und die Polizei sich der Verantwortung bewusst ist, die sie zum Beispiel aufgrund des unscharfen Terrorismus-Begriffs erhalten würde.